

65 Jahre Grundgesetz

„Danke, Deutschland!“

Am Freitag hat der Deutsche Bundestag in einer Feierstunde des 65. Jahrestages des Inkrafttretens des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 gedacht. Während der Bundestagspräsident und die Vorsitzenden der Fraktionen über das Verhältnis von Verfassung und Parlament sprachen, nahm Schriftsteller Navid Kermani als Gastredner zum Verhältnis von Verfassung und Gesellschaft Stellung.



Foto: CDU-CSU-Bundestagsfraktion/Tobias Koch

In seiner Festrede hat der deutsch-iranische Schriftsteller Navid Kermani an die Anfänge der Deutschen Verfassung erinnert. „Wie froh müssen wir sein, dass die Väter und Mütter des Grundgesetzes ihr Handeln nicht an Umfragen ausgerichtet haben, sondern an ihren Überzeugungen“, so Kermani. Es gehöre zu den Errungenschaften dieser Verfassung, dass ein Vertreter einer Minderheitenreligion in Deutschland zur Feierstunde des Grundgesetzes reden dürfe. Mit Blick auf seine iranische Heimat meinte Kermani, dass es sicherlich keine 65 Jahre mehr dauern werde, bis auch im Iran ein Jude, ein Christ oder ein Bahai eine Rede in einem frei gewählten Parlament halten werde. „Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir kennen. Statt sich zu verschließen, darf es stolz darauf sein, dass es so anziehend geworden ist“, so Kermani, der als Sohn iranischer Eltern in Deutschland geboren wurde. Stellvertretend für viele Einwanderer

schloss er mit den Worten: „Danke, Deutschland!“

„Deutschland war ein Trümmerhaufen. Das von Diktatur und Krieg hinterlassene moralische und materielle Desaster bestimmte den Lebensalltag der Menschen“, so zitierte die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt in ihrer Rede den früheren Bundespräsidenten Herzog. Dies war die Ausgangslage für das Grundgesetz. In dieser ungewissen Stunde lag es in der Verantwortung des Parlamentarischen

„Dies ist ein gutes Deutschland“

Rates, diesem gespaltenen Land Orientierung zu geben, ein klares Wertefundament zu formulieren und den Neuanfang auf eine ethische Grundlage zu stellen. Die Verfassungsmütter und -väter fanden diesen ethischen Bezugspunkt in der christlich-abendländischen Tradition unseres Landes und deren Orientierung am christlichen Menschenbild. Dieses Grundgesetz ist bis heute ein Fundament des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes.



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche schließt der Bundestag mit dem Rentenpaket eines der zentralen Projekte der schwarz-roten Koalition ab.

Festzuhalten bleibt: Die Union hält, was sie im Wahlkampf versprochen hat. Mit der Mütterrente werden neun Millionen Mütter von vor 1992 geborenen Kindern ab dem 1. Juli 2014 besser gestellt. Außerdem werden Erwerbsminderungsrenten verbessert und das Reha-Budget aufgestockt.

Auch bei der Rente mit 63 hat die Union auf der Zielgeraden noch viel erreicht. Zeiten der Arbeitslosigkeit in den letzten zwei Jahren vor Erreichen des Rentenalters werden nicht angerechnet, so dass der Frühverrentung auf Kosten der Allgemeinheit ein Riegel vorgeschoben wird. Wer über das Rentenalter hinaus arbeiten kann und will, kann dies künftig mit seinem Arbeitgeber einvernehmlich vereinbaren. Darüber hinaus klärt eine Arbeitsgruppe bis zum Herbst, wie die Übergänge in den Ruhestand insgesamt flexibler gestaltet werden können.

Schließlich hat die CSU durchgesetzt, dass auch freiwillige Beitragszeiten nach 18 Jahren Pflichtbeitragszahlung angerechnet werden. So bleiben Selbständige, insbesondere Handwerker, bei der Rente mit 63 nicht außen vor. Es wäre ein völlig falsches Signal gewesen, Arbeitslosigkeit gegenüber freiwilligen Beitragszahlungen wesentlich besser zu stellen.

Unser Einsatz hat sich gelohnt! Das Rentenpaket trägt klar die Handschrift der CSU, und das ist gut für die Menschen in unserem Land.

Mit freundlichen Grüßen



Berufsbildungsbericht 2014

Fundierte Berufsbildung garantiert sichere Perspektive

Der Berufsbildungsbericht 2014 der Bundesregierung beschreibt die Entwicklungen sowie die aktuelle Lage der beruflichen Bildung in Deutschland. Auf Wunsch der Koalitionsfraktionen hat der Bundestag dieses so wichtige Thema zur besten Debattezeit am Donnerstagvormittag diskutiert, verbunden mit der Vorstellung, des Antrags „Berufliche Bildung zukunftssicher gestalten - Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung stärken“.

Deutschland hat mit weniger als acht Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote bei Jugendlichen in Europa. Einer der Gründe hierfür ist die duale Berufsausbildung mit ihrer besonderen Nähe zur Praxis. Mehr als die Hälfte eines Jahrgangs beginnt nach der Schule eine Ausbildung. Ende 2012 gab es laut aktuellem Berufsbildungsbericht des Ministeriums 1,43 Millionen Auszubildende. Eine fundierte Berufsbildung garantiert eine sichere Lebens- und Berufsperspektive. Die duale Ausbildung gewinnt weltweit immer neue Anhänger und ist ein beliebter Exportartikel. In Deutschland selbst aber ist eine Verschiebung der Gewichte zu beobachten. Der Berufsbildungsbericht 2014 weist



Foto: picture alliance / dpa

eine Zahl auf, die schon seit einiger Zeit für Gesprächsstoff sorgt: Im vergangenen Jahr hat die Zahl der Studierenden in Deutschland erstmals die Zahl derjenigen Personen überschritten, die eine berufliche Ausbildung durchlaufen. Die Koalition zieht daraus die Konsequenz, dass die

Durchlässigkeit zwischen Beruf und Studium höher werden muss. Nach dem Motto „Kein Abschluss ohne Anschluss“ soll es Menschen leichter gemacht werden, sich innerhalb von Berufsfamilien weiterzubilden und aufzusteigen. Die Berufsorientierung soll bereits in der Schule beginnen.

Diese Woche

65 Jahre Grundgesetz „Danke, Deutschland!“	1
Berufsbildungsbericht 2014 Fundierte Berufsbildung garantiert sichere Perspektive	2
Bundestags-ABC Was ist ein Petitionsausschuss?	2
Rentenpaket 2014 Die Mütterrente kommt	3
Europawahl 2014 Für ein starkes Bayern in Europa	4
KFOR-Mandat Soldaten im Kosovo	4
Boko-Haram-Terror Entführte Mädchen	4
EEG-Reform Rabatte gewähren	4
IMPRESSUM:	
Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: Gabriele Ehrenhuber	
Verantwortliche Redakteurin: Christina Harbusch 11011 Berlin · Platz der Republik 1	
Telefon: (030) 227 - 70212 Telefax: (030) 227 - 76712 e-mail: bab@cducsu.de internet: www.csu-landesgruppe.de	
Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.	

Bundestags-ABC

Was ist ein Petitionsausschuss?

Ein Petitionsausschuss ist ein parlamentarischer Ausschuss, der die von Bürgern eingereichten Petitionen bearbeitet. Jeder Bürger hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden direkt beispielsweise an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags zu wenden.



Foto: Deutscher Bundestag / Simone M. Neumann

Der Petitionsausschuss setzt sich aus Bundestagsabgeordneten zusammen und beschäftigt sich mit allen Petitionen, die in den Zuständigkeitsbereich des Bundestags fallen, also vor allem mit jenen, die die Bundesgesetzgebung betreffen. Thematisch sind die Aufgaben breit gestreut: von Bitten und Beschwerden, die sich um persönliche Anliegen drehen, falsch berechnete Renten, dem Wunsch nach Asyl bis hin zu Themen rund um den Umweltschutz und Verkehrsprojekte. Die Petitionen können dabei

schriftlich per Brief, Fax und Online eingereicht werden. Sofern die Bitte oder Beschwerde keine Bundesan gelegenheit ist, wird die Petition an die entsprechende Ebene. An die Petitionsausschüsse von Land oder zur europäischen Ebene weitergeleitet, sodass alle Anliegen Beachtung finden und auch jeder Petent Antwort erhält. Das Instrument der Petition wird immer häufiger genutzt und hat eine wichtige Vermittlungsfunktion zwischen Bevölkerung und Parla ment.

Weitere Informationen unter www.btg-bestellservice.de

Rentenpaket 2014

Die Mütterrente kommt

In der vergangenen Woche hat sich die schwarz-rote Koalition auf ein Rentenpaket geeinigt und im Bundestag beschlossen. Neu ist unter anderem die sogenannte Flexi-Rente. Arbeitnehmer, die die Regelarbeitszeit erreicht haben, können beim selben Arbeitgeber auch mit einem befristeten Arbeitsvertrag weiter beschäftigt werden. Die Flexi-Rente ist damit eine Maßnahme gegen den drohenden Fachkräftemangel.

Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, zeigte sich bei einer gemeinsamen Pressekonferenz am Montag erfreut, dass nun nach langen Verhandlungen auf allen Ebenen eine Verständigung steht. „Ich sage ganz klar: Das ist ein guter Kompromiss. Wir haben auf den letzten Metern das Maximum erreicht. Wir konnten noch wichtige Korrekturen vornehmen“, so Hasselfeldt. Es sei gelungen, die Rente nach 45 Beitragsjahren gerecht auszugestalten. Deshalb habe man sich auf einen rollierenden Stichtag geeinigt: Zeiten der Arbeitslosigkeit werden in den letzten zwei Jahren vor dem Renteneintritt mit 63 Jahren nicht



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Haben einen Kompromiss gefunden: Thomas Oppermann, Gerda Hasselfeldt und Volker Kauder

angerechnet. Damit ist die Gefahr einer Frühverrentungswelle gebannt. „Besonders freut es mich, dass künftig auch freiwillige Beitragszeiten in der Rentenversicherung angerechnet werden. Das ist ein großer Erfolg und der Unnachgiebigkeit der CSU zu verdanken“, so die Landesgruppen-

vorsitzende. Das habe viel Überzeugungsarbeit gekostet. Der Aufwand habe sich gelohnt. Insbesondere für Handwerker sei dies eine sehr wichtige Regelung. „Die Einigung zeigt, dass die Koalition in der Lage ist, auch schwierige Probleme konstruktiv zu lösen“, so Gerda Hasselfeldt.

Nachgefragt bei Stephan Stracke

Welche Änderungen bringt das Rentenpaket?

Das Rentenpaket bringt deutliche Verbesserungen für rund 10 Millionen Menschen, die in ihrem Leben viel geleistet haben. Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet und Rentenbeiträge gezahlt haben, Kinder geboren und großgezogen haben. Drei Bestandteile des Rentenpakets sind langjährige Forderungen der CSU. Dabei ist für uns die Mütterrente der vorrangigste rentenpolitische Fortschritt. Die Mütterrente ist eine klare Anerkennung der Erziehungsleistung und schließt weitgehend die bestehende Gerechtigkeitslücke. Die Mütterrente kommt zum 1. Juli 2014. Mütter, die vor 1992 Kinder geboren haben, erhalten jährlich bis zu rund 340 Euro mehr pro Kind. Daneben bekommen diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, eine ausreichende Absicherung: Wir verbessern die Erwerbsminderungsrenten und schaffen über eine Modifizierung des sogenannten Reha-Budgets die Voraussetzungen dafür, dass die Menschen auch im Alter die Belastungen körperlich und psychisch meistern können.

Welche Punkte waren Streitig in den Verhandlungen?

Die CSU hat sich schon immer für Menschen stark gemacht, die besonders lange und körperlich hart gearbeitet haben. Allerdings haben wir die abschlagsfreie Rente ab 63 nach 45 Beitragsjahren von Anfang an kritisch gesehen. Aus diesem Grund haben wir uns in den Verhandlungen - letztlich erfolgreich - dafür eingesetzt, dass durch diese Rente keine neuen Frühverrentungsanreize gesetzt werden, die der „Rente mit 67“ zuwiderlaufen, und keine neuen Ungerechtigkeiten entstehen.

Welche Änderungen hat die CSU durchsetzen können?

Bei der abschlagsfreien Rente ab 63 Jahre haben wir zwei substantielle Änderungen erreicht: Zum einen wird ein rollierender Stichtag eingeführt. Das bedeutet, dass Zeiten der Arbeitslosigkeit jeweils in den letzten zwei Jahren vor Beginn der abschlagsfreien Rente bei den 45 Beitragsjahren grundsätzlich nicht mitzählen. Eine Ausnahme gilt lediglich für Zeiten des Arbeitslosen-



Foto: Martha Ifrim

Der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Stephan Stracke

geldbezuges, die durch Insolvenz oder vollständige Geschäftsaufgabe des Arbeitgebers verursacht worden sind. Zum anderen hat vor allem die CSU-Landesgruppe verhindert, dass freiwillige Beiträge gegenüber Zeiten der Arbeitslosigkeit schlechter gestellt werden. Selbständige profitieren damit auch von der abschlagsfreien Rente ab 63 Jahren, wenn sie mindestens 18 Jahre Pflichtbeiträge gezahlt haben und zusammen mit ihren freiwilligen Beiträgen auf 45 Beitragsjahre kommen. Daneben haben wir uns darauf verständigt, die Beschäftigung im Rentenalter zu erleichtern. Arbeitgeber und Arbeitnehmer können künftig auch nach Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze einvernehmlich das Arbeitsverhältnis rechtssicher fortsetzen.

Europawahl 2014

Für ein starkes Bayern in Europa

Vom 22. bis 25. Mai 2014 wählen rund 400 Millionen Menschen auf dem europäischen Kontinent ihr gemeinsames Parlament neu. Etwa ein Achtel der 751 Sitze wird über die deutschen Wahllisten bestimmt. Abgeordnete aus 28 Staaten werden ihre Mandate im Europäischen Parlament erstmals oder erneut antreten. Welch ein Kontrast zu der Zeit vor 100 Jahren, als die Völker Europas auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg waren.

„Am 25. Mai geht es um eine grundsätzliche Weichenstellung für Europa. Es geht um Richtungsentscheidungen: Stabilität oder Schulden, Eigenverantwortung oder Vergemeinschaftung, Bürokratie oder Mitbestimmung, Gleichmacherei oder Vielfalt, Einheitsstaat oder ein Europa der Regionen“, sagt die CSU-Landesgruppenvorsitzende, Gerda Hasselfeldt. Wir wollen ein starkes Bayern in Europa und ein Europa mit Zukunft. „Die CSU-Landesgruppe sagt ganz klar Ja zu Europa. Europa ist ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Wir wollen mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen“, so Hasselfeldt.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen: Frieden, Freiheit und Wohlstand



Foto: picture alliance/dpa

werden durch die europäische Zusammenarbeit gesichert. Deshalb soll die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung als ein Werk des Friedens fortgeschrieben werden. Wir

brauchen Europa. Auch Deutschland geht es nur gut, wenn es Europa gut geht. Unseren Wohlstand und unsere Zukunftschancen sichern wir nur mit Europa.

KFOR-Mandat



Foto: picture alliance/dpa

Soldaten im Kosovo

In erster Lesung ging es im Bundestag mit einem Antrag der Bundesregierung um die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR). Bis zu 1.850 Soldaten leisten innerhalb dieses Einsatzes einen wertvollen Beitrag, etwa im Hauptquartier, in der feldmedizinischen Versorgung oder der Eingreifreserve. Angesichts der fortbestehenden Eskalationsgefahr bleiben der Einsatz und der deutsche Beitrag von großer Bedeutung für Stabilität und den friedlichen Ausgleich im Kosovo, nicht zuletzt für die Entwicklung und den weiteren Aufbau des Landes.

Boko-Haram-Terror



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Entführte Mädchen

Vertreter aller Fraktionen im Bundestag haben die Entführung von mindestens 200 Mädchen durch die islamistische Gruppierung Boko Haram in Nigeria auf das Schärfste verurteilt. In einer Aktuellen Stunde am Mittwoch waren sich die Abgeordneten einig, dass die Entführung und Zurschaustellung der Opfer und die Ankündigung Boko Harams, die entführten Mädchen als Sklavinnen zu verkaufen oder zwangszuverheiraten ein schwerwiegendes Verbrechen ist. Zur bitteren Wahrheit gehöre, so Unionsfraktionschef Volker Kauder, dass das Christentum die weltweit am meisten verfolgte Religion sei, insbesondere durch radikale Islamisten in muslimischen Ländern.

EEG-Reform



Foto: picture alliance/ZB

Rabatte gewähren

Die Koalition hat den Gesetzentwurf zur Reform der Besonderen Ausgleichsregelung für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen als Initiative parallel eingebracht, um die Neuregelung der EEG-Umlage für stromintensive Unternehmen, die im bereits eingebrachten EEG-Änderungsgesetz noch nicht enthalten war, zu beschleunigen. Grundlage der gesetzlichen Neuregelung bilden die beihilferechtlichen Verhandlungen der Bundesregierung mit der EU-Kommission. Demzufolge können stromintensiven Unternehmen, deren Wettbewerbsfähigkeit durch die volle EEG-Umlage erheblich beeinträchtigt wird, weiterhin Rabatte gewährt werden.